

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 8

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Kleinanzeige 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postschicksort: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Das Schiedsgericht tagt

Die Endverhandlungen über den Berliner Metallarbeiterkonflikt

Heute vormittag um 11 1/2 Uhr begannen im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die Entlohnung der Berliner Metallarbeiter, deren Ausgang von der gesamten deutschen Öffentlichkeit mit größter Spannung erwartet wird.

Die Entscheidung über diese für die Arbeiterschaft wichtige Frage ist bekanntlich einem unparteilichen Dreimännerkollegium übertragen worden, das aus dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns als Vorsitzenden und Oberbürgermeister Jarres und Prof. Singheim als Beisitzern besteht.

Dr. Brauns eröffnete die Verhandlungen mit dem Dank an die Parteien für das Vertrauen, das sie den Mitgliedern des Schiedsgerichts durch ihren Vorschlag entgegengebracht haben. Kein Mitglied des Schiedsgerichts habe sich zu diesem Amt gedrängt. Es will den ganzen Fragenkomplex nochmals genau prüfen, um zu einem freien und objektiven Urteil zu kommen. Das Schiedsgericht hat entweder einstimmig oder mit Mehrheit darüber bindend zu entscheiden, wie die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Berliner Metallindustrie festgesetzt werden sollen.

Das Schiedsgericht muß seine Entscheidung innerhalb von zwei Tagen treffen; es hätte gern mehr Zeit zur Verfügung gehabt, doch war es vorher nicht möglich, die Verhandlungen aufzunehmen.

Dr. Brauns schlug vor, keine größeren Plädoyers zu halten über die allgemeine wirtschaftliche Lage, weil diese Dinge den Parteien und den Mitgliedern des Schiedsgerichts geläufig sind. Die Ausführungen der Parteivertreter sollen möglichst darauf konzentriert werden, die Lage der Berliner Metallindustrie zu klären, ihre Gestaltungskosten, ihre Konkurrenzfähigkeit, die Entlohnungsmöglichkeiten, die Entwicklung der Löhne in den letzten Jahren usw. zu prüfen.

In kontradiktorischen Verhandlungen soll die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, die Indexfragen usw. geklärt werden. Die Reichstreuhandgesellschaft ist ebenfalls ersucht worden, diese Fragen zu prüfen und dem Schiedsgericht sowie den Parteien ein Gutachten darüber zu erstatten.

Mit dieser Art der Verhandlungsführung erklärten sich die Vertreter beider Parteien einverstanden.

Die Unternehmer sind dabei vertreten durch Geheimrat Ernst v. Borzsig, Generaldirektor Dr. Röttgen, Rechtsanwalt Dr. Oppenheimer vom VDMZ, Dr. Lutz vom Gesamtverband der Metallindustriellen und Generaldirektor Kremmener, und außerdem nimmt diesmal an den Verhandlungen auch der Vorsitzende der Lohnkommission des VDMZ, Direktor Max Sasse, teil.

Die Arbeiter sind wiederum durch den Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Ulrich, den Vorsitzenden des Krisenausschusses Berlin des ADGB, Bredow und eine Reihe anderer Funktionäre vertreten.

Es begannen darauf die eigentlichen Verhandlungen vor dem Schiedsgericht, in denen im allgemeinen für bzw. gegen den Lohnabbau die Argumente vorgebracht wurden, die bereits in den Verhandlungen vor dem Ausbruch des Streiks von den Unternehmern und Arbeitervertretern vorgebracht worden sind.

Gegen 1/2 Uhr wurden die Verhandlungen unterbrochen. Sie sollen nach einer kurzen Mittagspause fortgesetzt werden.

Indische Kämpfe.

Bombay, 7. November. (Eigenbericht.)

In Bombay dauern schwere Kämpfe zwischen Demonstranten und Polizisten fort. Am Donnerstag erfolgte ein Angriff gegen das Polizeihauptquartier, die Polizei trieb die Massen mit Schüssen auseinander. 40 Angreifer wurden verwundet.

Der polnische Wahlschwindel

Die kassierten Listen werden gewählt

Warschau, 7. November. (St.-Expres.)

Der Hauptvorstand der polnischen sozialistischen Partei, die dem Zentralkomitee Bloch der Bauern- und Arbeiterparteien angehört, hat die Wählererschaft aufgefordert, in drei galizischen Kreisen, in denen die Wahllisten des Blochs für ungültig erklärt worden sind, ihre Stimmen dennoch dem Bloch zu geben. Der Hauptvorstand betont, daß diese Demonstration den später beim Obersten Gerichtshof zu erhebenden Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahlen stützen werde.

Unter diesen Wahlkreisen ist auch der von Krakau mit dem Sejmarschall Ignaz Daszowski als Spitzenführer. Seit 1897 vertritt er Krakau parlamentarisch — bis 1918 in Wien, seither in Warschau. 74 000 Stimmen erhielt voriges Mal allein die sozialistische Liste in diesem Wahlkreis — jetzt soll die vereinigte Linksopposition nicht einmal 100 Unterschriften aufgebracht haben. Ein müßiger Graphologe hat nämlich „auf Pflicht und Gewissen“ bekundet, daß 55 Unterschriften — gefälscht seien. Die persönliche Erklärung aller 100 Unterzeichner, daß sie eigenhändig unterschrieben haben, gilt nichts.

Wenn Pisudski seine 300 Mandate bekommt, werden diese „ungültigen“ Stimmen, auch wenn man sie torfschwelgt, den schamlosen Rechtsraub hinausstreifen. Ungültig sind nicht diese Listen — ungültig ist die ganze Schwindelwahl, und infam kassiert werden wird schließlich das Regime der Gewalt und der Gaunerei, das die Republik Polen zu einem neuen, ja schlimmeren Jarai macht.

Die Verfolgung der Opposition.

Die Massenverhaftungen unter Anhängern der Oppositionsparteien und der Minderheiten dauern an. Wieder sind mehrere Politiker wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ verurteilt worden, in Lodz z. B. zwei Redakteure zu je einem Jahre Festung, weil sie ihren Blättern einen Bericht über den Krakauer Kongreß der Linksopposition gesandt haben!

In Drohobycz (Ostgalizien) ist das ukrainische Gymnasium wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ der Schüler geschlossen worden. Nur die Schüler der untersten drei Klassen können vom polnischen Gymnasium übernommen werden, hingegen müssen die älteren Schüler ein Gesuch einreichen, um in Gymnasien anderer Städte aufgenommen werden zu dürfen.

Seiner Schülern, die in „staatsfeindliche Tätigkeit“ verwickelt sind, ist auch verwehrt, ein solches Gesuch einzubringen.

Kwapinski haftenlassen.

Das Appellationsgericht hat entsprechend dem Antrage der Verteidigung den vor kurzem zu einem Jahre Festung verurteilten Sozialistenführer Kwapinski gegen 1000 Zloty Kaution aus der Haft entlassen.

Kwapinski war der eigentliche Führer der polnischen Kampforganisation zur Zeit des Zarismus — Pisudski sah seit 1905 im höheren Österreich. Die Russen konnten Kwapinski fangen, er hat zehn Jahre als Kettensträfling in Orel verbracht. Möglicherweise hat es zu seiner Haftentlassung stark beigetragen, daß er als Vorsitzender des Landarbeiterverbandes sich um weitere Zulassung polnischer Landarbeiter in Deutschland bemühen kann.

Pabst-Empfang in Oesterreich.

Zur rechten Zeit der rechte Mann am rechten Ort.

Die Verfassung der Republik Oesterreich bestimmt, daß der Nationalrat das souveräne Volk vertritt und Minister seines Vertrauens zur Amtsführung bedürfen. Auf diese Verfassung sind alle Staatsdiener, vom Bundespräsidenten Miklas bis zum jüngsten Wehrmann vereidigt.

Die Heimwehr will diese Verfassung stürzen. Zwei Heimwehrführer sind Minister des Innern und der Justiz. Sie lassen jetzt alle Waffen beschlagnahmen, die nicht im Besitz der Heimwehr, des Bundesheeres und der Polizei sind. Zum Schutz dieser Aktion richtet Polizei und Bundesheer der Republik Maschinengewehre und Geschütze gegen alle, die an der Verfassung festhalten wollen.

Der 12. November ist Staatsfeiertag, denn an diesem Tage ist 1918 die demokratisch-parlamentarische Republik Oesterreich ins Leben getreten. Wegen Verschwörung gegen die Verfassung ist der reichsdeutsche Putschist Pabst aus Oesterreich ausgewiesen worden.

Die Heimwehrregierung hat diese Ausweisung aufgehoben. Am Staatsfeiertag, dem 12. November, trifft Pabst aus Italien wieder im Heimwehrzentrum Innsbruck ein, feierlich geleitet von den knatternden Motorrädern der Heimwehr.

Seipel ist als Bundeskanzler gewöhnlich verhindert ge-



Oder-Hochwasser bei Frankfurt

Das Hochwasser der Oder bei Frankfurt hat nunmehr den bisher überhaupt bekannten höchsten Stand seit dem Jahre 1854 mit 5,34 m erreicht. Das gesamte Industriegebiet am Winterhafen ist überflutet. Der Verkehr in einer Reihe von Straßen ist nur auf Laufstegen möglich.

